

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60354

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

HANNS CHRISTIAN LÖHR

FÜR DEN KÖNIG VON PREUSSEN ARBEITEN?  
DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN AM VORABEND  
DES ERSTEN WELTKRIEGS

Auf den ersten Blick scheint es so, daß die deutsch-französischen Beziehungen in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges schlecht waren. Gegen den Frieden von Frankfurt, in dem Paris nach dem deutsch-französischen Krieg 1871 Teile des Elsaß und Lothringens an das Deutsche Reich abgeben mußte und seine hegemoniale Stellung in Europa verlor, hetzte die nationalistische Propaganda in Frankreich, auf die deutsche Nationalisten mit Gegenpropaganda antworteten<sup>1</sup>. Diese Entwicklung wurde durch die wirtschaftliche Konkurrenz zusätzlich geschürt<sup>2</sup>. So bestand seit 1911 zwischen deutschen und französischen Banken auf dem Balkan ein ausgeprägter Konkurrenzkampf um Konzessionen und die Finanzierung von öffentlichen Anleihen. In Marokko und Mittelafrika versuchte Frankreich, die wirtschaftliche Ausbreitung Deutschlands zu verhindern<sup>3</sup>. Zudem verschärfte das Wettrüsten und der Gegensatz der europäischen Bündnissysteme von Dreibund und Dreierverband die Beziehungen der Nachbarländer. Die Regierung des deutschen Reiches fühlte sich von Frankreich und seinen Bündnispartnern England und Rußland eingekreist und wollte diesen Zustand überwinden. Gleichzeitig befürchtete Frankreich eine deutsche Hegemonie über Europa<sup>4</sup>.

In den Augen der Zeitgenossen schienen diese Faktoren unvermeidlich zum Ausbruch des Krieges zwischen den beiden Ländern führen zu müssen. Tatsächlich waren im August 1914 auf deutscher Seite die strategischen Überlegungen des Schlieffen-Planes entscheidend für den Kriegsausbruch<sup>5</sup>. Und auch auf französischer Seite beherrschten bei Kriegsausbruch nicht nationalistische Revanchegeanken die Stimmung, sondern das Gefühl, das Vaterland verteidigen zu müssen<sup>6</sup>.

So zeigt sich schon auf den ersten Blick, daß die politischen Gegensätze nicht allein zwangsläufig zum Krieg führten. Auch militärische Faktoren standen am Ende der Entwicklung, die den Frieden zerstörte. Die seit 1871 bestehenden nationalen Gegensätze waren daher nicht der einzige Faktor in den Beziehungen beider Länder. In den politischen Beziehungen lassen sich auch andere Tendenzen auffinden, die eine Alternative zu den militärischen, wirtschaftlichen oder bündnispolitischen Gegensätzen boten und im

1 Peter W. REUTER, Die Balkanpolitik des französischen Imperialismus 1911–1914, Frankfurt 1979, S. 114f., Fritz FISCHER, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, S. 545f.

2 Raymond POIDEVIN, Les Relations d'affaires franco-allemandes à la veille de la Première Guerre mondiale, in: Revue d'Allemagne 23, 3 (1991) S. 5–12, S. 8 und S. 12.

3 Wolfgang J. MOMMSEN, Die latente Krise des Deutschen Reiches 1909–1914, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, hg. von Leo JUST, 6 Bde., Bd. IV/I, Frankfurt 1973, S. 70f.

4 Georges Henri SOUTOU, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika während des Weltkrieges; ein Vergleich, in: Wolfgang MICHALKA (Hg), Der Erste Weltkrieg, Wirkung Wahrnehmung Analyse, München 1994, S. 28–40, S. 30 und: Imanuel GEISS, Der lange Weg in die Katastrophe, München 1990, S. 309.

5 Michael STÜRMER, Das ruhelose Reich, Deutschland 1866–1918, in: Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 3, Berlin 1983, S. 371.

6 Jean-Jacques BECKER, La France en guerre 1914–1918, La grande mutation, Brüssel 1988, S. 24.

Juli 1914 abbrechen. Für beide Länder gab es die Möglichkeit, eine Politik zu verfolgen, die nicht auf eine Konfrontation hinauslief:

Ende 1911 führte der Streit um die Bedingungen einer gemeinsamen wirtschaftlichen Expansion in Marokko zu einer schweren Krise zwischen Frankreich und Deutschland<sup>7</sup>. In der Adriakrise, die zwischen Österreich und Rußland im Herbst 1912 ausbrach, zeigten sich jedoch schon die ersten Anzeichen für eine Annäherung der beiden Länder. So erklärte Außenminister Jonnart Ende Januar 1913 gegenüber dem deutschen Botschafter, daß Deutschland und Frankreich in der zu diesem Zeitpunkt noch andauernden Adriakrise die gleiche Politik betreiben und daß er sich davon »nur Gutes«, nicht nur für die Lösung der Krise sondern »überhaupt« verspräche<sup>8</sup>. In diesem Sinne strebte er auch ein gemeinsames Vorgehen mit dem Reich in den Verhandlungen an, die den Ersten Balkankrieg beenden sollten<sup>9</sup>.

Zwei Monate später äußerte sich der nun amtierende Außenminister Pichon in gleicher Weise: Deutschland könne darauf bauen, daß er, so er Minister bleibe, eine Politik »de rapprochement à l'Allemagne« betreiben wolle<sup>10</sup>. Er nannte auch bald ein mögliches Verständigungsgebiet für eine solche Annäherung. Zusammen mit Deutschland wollte er eine Auflösung des Osmanischen Reiches verhindern. Zudem bot er Berlin Verhandlungen über einen Ausgleich in der Frage der orientalischen Eisenbahnen an<sup>11</sup>.

Seit Anfang Mai 1913 verhandelte Deutschland bereits mit England über das Projekt der Bagdadbahn. Deutsche Unternehmer wollten eine Bahnverbindung bauen, die Europa mit dem persischen Golf verbinden sollte. England stellte sich gegen dieses Projekt, weil es sich dadurch in seinen strategischen und wirtschaftlichen Interessen an der Landverbindung nach Indien beeinträchtigt fühlte. Die Berliner Regierung suchte deshalb einen Ausgleich mit London<sup>12</sup>. Die Verhandlungen des französischen Bündnispartners mit dem Deutschen Reich beunruhigten die Pariser Regierung. Denn ein deutsch-englisches Orientabkommen drohte Paris gegenüber London und dem Osmanischen Reich zu isolieren, nachdem bereits der Entente-Partner Rußland im August 1911 durch das Potsdamer Abkommen mit Deutschland einen Ausgleich der Interessen im Orient erzielt hatte<sup>13</sup>.

Die französische Regierung ergriff daraufhin Ende Mai 1913 die Initiative und regte in Berlin an, ebenfalls über einen Ausgleich der zweiseitigen Interessen im Orient zu verhandeln. In diesen Verhandlungen wollte die französische Seite die eigenen wirtschaftlichen Bemühungen im Osmanischen Reich schützen<sup>14</sup>. Doch der Wunsch nach Verhandlungen war nicht nur durch die wirtschaftlichen und bündnispolitischen Interessen Frankreichs bestimmt. Pichon begründete das Pariser Verhandlungsbegehren mit dem grundsätzlichen Wunsch, durch eine Einigung »nicht nur örtliche Reibungsflächen« zu beseitigen, sondern auch »allgemein eine wohltuende erhebliche Entspannung« und »beruhigende Rückwir-

7 Emily ONCKEN, Panthersprung nach Agadir, Die Deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise, Düsseldorf 1981, S. 418.

8 Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv (im folgenden zitiert: PA), Frankreich 102,56 A2308 Schoen an Bethmann Hollweg 30. Januar 1913.

9 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, hg. von Johannes LEPSIUS, Albrecht MENDELSON BARTHOLDY, Friedrich THIMME, Berlin 1924ff., Bd. 34.I 12743 Jagow an Wilhelm II. 27. Januar 1913. (Im folgenden zitiert: GP)

10 PA Frankreich 102,57 A6158 Schoen an AA 27. März 1913.

11 GP 34, II, 13072 Schoen an AA 2. April 1913 und PA Frankreich 102,58 A11055 Schoen an Bethmann Hollweg 31. Mai 1913.

12 Gregor SCHÖLLGEN, Imperialismus und Gleichgewicht, Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914, München 1984, S. 388.

13 Ebd., S. 328.

14 GP 37.II 14962 Schoen an Bethmann Hollweg 7. November 1913.

kung« auf die Beziehungen beider Nationen herbeizuführen<sup>15</sup>. Auch der deutsche Botschafter in Paris glaubte zu dieser Zeit, einen Stimmungswandel in der Politik Frankreichs erkennen zu können. Denn selbst unter den ententetreuen konservativen Abgeordneten schwand nach der Adriakrise die Bereitschaft, in der Außenpolitik »blind« die russischen Positionen zu vertreten<sup>16</sup>.

Für die deutsche Seite standen jedoch die Verhandlungen und ein Ausgleich mit England im Vordergrund. Der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt erließ daher die Weisung, das französische Verhandlungsangebot nur dilatorisch zu behandeln. Erst im November 1913 begannen die Unterredungen in Berlin. Hierbei überließ das Auswärtige Amt es deutschen und französischen Banken, die den Bau der osmanischen Eisenbahnen finanzieren wollten, die Einzelheiten einer Einigung zu besprechen<sup>17</sup>. Im Zuge dieser Berliner Politik, die die »englische Karte« bevorzugte, nahm Jagow auch den Vorschlag des englischen Außenministers Grey warmherzig auf, bei einem eventuellen Scheitern der deutsch-französischen Verhandlungen zu vermitteln<sup>18</sup>.

Am 15. Februar 1914, noch vor einer entsprechenden Einigung zwischen Deutschland und England, paraphierten die deutschen und französischen Unterhändler in Berlin einen Vertrag, der einen Ausgleich der Interessen der beiden Länder an den Eisenbahnkonzessionen herbeiführen sollte. Konkret einigten sich beide Seiten auf eine Trennung ihrer Interessensphären. Bisher besaßen französische Banken Anteile der deutschen Konzession für den Bau der Bagdadbahn. Da sie diese jedoch nicht an der Pariser Börse emittierten, verhinderten sie bislang eine Finanzierung des deutschen Projektes. Nun kamen beide Seiten überein, den Bau der Bagdadbahn den deutschen Banken ganz zu überlassen, während französische Unternehmen Syrien als Tätigkeitsfeld ungehindert ausnutzen durften<sup>19</sup>.

Der Abschluß dieser Verhandlungen war der Erfolg der neuen Außenpolitik des Ministerpräsidenten Doumergue und seines Finanzminister Caillaux, die seit Dezember 1913 regierten. Gaston Doumergue gab noch stärker als Pichon und Jonnart den Kurs des früheren Regierungschefs Poincaré auf, der alle Einzelfragen der Außenpolitik den Anforderungen des Bündnisses mit England und Rußland unterordnen wollte und dafür unter Umständen auch bereit war, eine Konfrontation mit Deutschland in Kauf zu nehmen<sup>20</sup>. Dagegen hatte Doumergue bereits im Frühjahr 1913, anlässlich der internationalen Parlamentarier-Konferenz in Bern, bei der auch Abgeordnete aus Deutschland und Frankreich zusammentrafen, seinen neuen Kurs in der Zeitschrift »La Grande Revue« formuliert und sich für eine Politik der Verhandlungen und des Friedens mit Deutschland eingesetzt<sup>21</sup>.

Auch Finanzminister Joseph Caillaux trat schon vorher als Befürworter einer Annäherung mit Deutschland auf. Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident (1911–1912) brach die zweite Marokkokrise aus. In dieser Zeit leitete Caillaux die Verhandlungen mit dem Reich und war maßgeblich an dem Abschluß des Marokko-Abkommens von 1911 be-

15 GP 37.II 14935 Schoen an Bethmann Hollweg 6. August 1913 und 14958 Schoen an Bethmann Hollweg 30. Oktober 1913.

16 PA Frankreich 102,58 A10661 Schoen an Bethmann Hollweg 26. Mai 1913 und ebd. A11055 Schoen an Bethmann Hollweg 31. Mai 1913. Einen solchen Stimmungswandel glaubte auch der deutsche Gesandte in Bern erkennen zu können. Sh.: PA Frankreich 102,58 A9912 Romberg an Bethmann Hollweg 14. Mai 1913.

17 GP 37.II 14938 Jagow an Bethmann Hollweg 29. August 1913 und 14962 Schoen an Bethmann Hollweg 7. November 1913, Anm. Rosenberg.

18 GP 37.II 14931 Lichnowsky an Bethmann Hollweg 16.7.13 und 14933 Jagow an Lichnowsky 24. Juli 1913.

19 SCHÖLLGEN (wie Anm. 12) S. 388f.

20 Gerd KRUMEICH, Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg, Die Einführung der dreijährigen Wehrpflicht 1913–1914, Wiesbaden 1980, S. 197 und S. 201.

21 Raymond POIDEVIN, Jacques BARIÉTY, Les relations franco-allemandes 1815–1975, Paris<sup>2</sup>1977, S. 202.

teilt<sup>22</sup>. In einer Aufzeichnung von 1912 formulierte er seine Vorstellungen über einen künftigen Kurs gegenüber Deutschland. Auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens sollte Frankreich trotz der bestehenden Bündnisse das Recht haben, mit den Nachbarn gute Beziehungen zu pflegen und sich über zweitrangige Punkte zu einigen. Auch mit Berlin müsse es »discuter nos intérêts sans esprit d'inimitié«<sup>23</sup>.

Das Bemühen der französischen Seite, einen solchen Ausgleich in zweitrangigen Fragen mit dem Reich zu finden, wurde besonders im Januar 1914 deutlich, als die Verhandlungen über die orientalischen Eisenbahnen am »toten Punkt« angekommen waren und ein Scheitern drohte. Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg mußte intervenieren. Er rügte gegenüber dem französischen Botschafter den mangelnden Kompromißwillen in Paris und lobte gleichzeitig die englische Konzessionsbereitschaft in kolonialen Fragen. Indem er auf diese Weise die französische Isolationsfurcht schürte, gelang es ihm, Paris zum weiteren Nachgeben zu überreden und die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen<sup>24</sup>. Doumergue selbst beteuerte kurz vor dem Abschluß der Verhandlungen, persönlich immer »Anhänger einer deutsch-französischen Interessengemeinschaft in den Bagdadbahnen gewesen« zu sein. Da diese aber nicht möglich gewesen wäre, habe er durch eine »reinliche Scheidung der Interessenssphären« eine Verhandlungslösung gesucht<sup>25</sup>. Zugleich lobte er den Ausgleich, weil er die »loyale Offenheit« der deutschen Seite zeigte<sup>26</sup>. Die Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen der deutsch-französischen Vereinbarung über den Eisenbahnbau im Osmanischen Reich zogen sich noch bis zum Kriegsausbruch 1914 hin. Auch in diesen Gesprächen verfolgte der französische Außenminister das Ziel, die Interessenzonen der beiden Länder deutlich von einander abzugrenzen und so durch eine Trennung der Aktivitäten einen Konflikt zu vermeiden<sup>27</sup>. Eine gleiche Politik der Spannungsvermeidung und der Einigung in zweitrangigen Fragen zeigte sich auch in der Liman-von-Sanders-Affäre und in der Frage der türkischen Anleihen. Auch hier war die Regierung Doumergue/Caillaux bestrebt, einen Ausgleich zu finden<sup>28</sup>.

Aber nicht nur die offizielle Pariser Diplomatie, sondern auch die politischen Parteien und die französische Öffentlichkeit diskutierten vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Dazu gehörte das Schicksal von Elsaß-Lothringen und die Frage einer Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Die starke nationalistische Rechte bekämpfte parlamentarisch und in Publikationen den Frieden von Frankfurt und forderte einen Rachezug gegen das Reich<sup>29</sup>. Auf der anderen Seite ent-

22 Charles BLOCH, *Die Dritte französische Republik, Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie (1870–1940)*, Stuttgart 1972, S. 204 und Joseph CAILLAUX, *Mes mémoires*, 5 Bde., Paris 1947, Bd. 3, S. 11.

23 Zitiert nach: Jean Claude ALLAIN, *Joseph Caillaux*, 2 Bde., Paris 1978–1981, Bd. 1, S. 408 f.

24 Ministère des affaires étrangères, *commission de publication des documents relatifs aux origines de la guerre 1914*, *documents diplomatiques français (DDF)* 3,9,177 Jules Cambon an Doumergue 28. Januar 1914. Fritz Fischer sieht in dieser Unterredung zwischen dem Kanzler und dem französischen Botschafter nur einen Ausdruck des deutschen Expansionswillens mit dem Frankreich eventuell zu einem »irgendwie gearteten Entgegenkommen in kolonial-politischer Hinsicht« gebracht werden sollte. Auf dem Hintergrund der deutsch-französischen Verhandlungen über die orientalischen Fragen waren die Äußerungen des Kanzlers aber ein plausibler Schachzug, den Fischer so nicht durchschaute. Sh.: FISCHER (wie Anm. 1) S. 643 f.

25 GP 37.II 14993 Schoen an Bethmann Hollweg 12. Februar 1914.

26 GP 37.II 14999 Schoen an AA 18. Februar 1914.

27 DDF 3,9,456 Doumergue an Jules Cambon 14. März 1914 und ebd. 3,10,239 Doumergue an Jules Cambon 16. Mai 1914.

28 KRUMEICH (wie Anm. 20) S. 202 ff.

29 Jacques DROZ, *Les Relations intellectuelles Franco-Allemandes de 1871 à 1914*, in: *Les cours de Sorbonne*, Paris 1960, S. 38 ff.

wickelte die bürgerliche Mitte eine differenziertere Betrachtungsweise der deutsch-französischen Beziehungen. Die veröffentlichte Meinung dieser politischen Richtung war bereit, sich mit dem völkerrechtlichen Status quo abzufinden, ohne den deutschen Besitz von Elsaß-Lothringen jedoch anerkennen zu wollen. Darüber hinaus verlangte sie eine weitreichende Selbstbestimmung für die Einwohner der an Deutschland abgegebenen Provinzen<sup>30</sup>.

Noch weiter gingen die Auffassungen der parlamentarischen Linken. Hier ist vor allen Dingen der Führer der französischen Sozialisten Jean Jaurès zu nennen, der den Krieg als Mittel der Politik ablehnte und auf internationalen Parlamentarier-Konferenzen für einen Ausgleich unter den europäischen Bündnissystemen eintrat<sup>31</sup>. Daneben verfolgte auch der radikalsozialistische Politiker Joseph Caillaux einen pazifistischen Kurs und trat in der Zweiten Marokkokrise für eine Verständigung mit Deutschland ein<sup>32</sup>.

Dieser Standpunkt wurde von einer Gruppe junger Pazifisten noch weiter radikalisiert. Diese Gruppe bestand durchweg aus nach 1870 geborenen Mitgliedern, die bei Ausbruch des Krieges 30 bis 40 Jahre alt waren. Die jungen Juristen, Diplomaten und Nachwuchspolitiker der französischen Republik standen im scharfen politischen Gegensatz zur regierenden Generation, deren Ansichten ihnen zu sehr durch ein nationalstaatliches Denken geprägt schien. Sie forderten als Folge der damaligen Lage Frankreichs, Verlust des Krieges von 1870/71, auf einen Revanchefeldzug zu verzichten und ein neues Programm für die französische Außenpolitik zu entwickeln: Auf der Basis einer Verständigung mit dem Deutschen Reich sollte Frankreich endgültig auf die beiden Provinzen am linken Rheinufer verzichten, dafür aber die Zusage von lokaler Autonomie für die in diesem Gebiet lebenden, sich der französischen Kultur zugeneigten Einwohner erhalten. Sie resümierten diese Position in einem Manifest, das von 71 Intellektuellen, meist Schriftstellern und Professoren, unterzeichnet wurde<sup>33</sup>.

Die politischen Ansichten dieser jungen Generation lassen sich auch im Quai d'Orsay wiederfinden. So vertrat Charles Marie Quennec, Konsularbeamter in Albanien, gegenüber einem deutschen Offizier die Ansicht, daß beide Länder zusammenarbeiten sollten<sup>34</sup>. Diese Auffassung war seine private Ansicht, die nicht vom Außenministerium gedeckt war, aber mit den Thesen der jungen Pazifisten übereinstimmte<sup>35</sup>. Zudem gehörte der französische Dragoman zur gleichen Generation wie die Mitglieder dieser Gruppierung und war von Februar bis September 1913 im Büro der Außenminister Jonnart und Pichon tätig<sup>36</sup>. Gerade aber von diesen Politikern gibt es die ersten Anzeichen, die auf einen langsamen Stimmungswandel in der französischen Diplomatie gegenüber Deutschland hinweisen. Die Vermutung liegt daher nahe, daß der junge Konsularbeamte eine politische Meinung als Position nach außen trug, die in der Öffentlichkeit und im Außenministerium diskutiert wurde und weit über die offizielle Haltung des Quai d'Orsay hinausging<sup>37</sup>.

30 Gilbert ZIEBURA, *Die Deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914*, Berlin 1955, S. 24 ff.

31 Harry GOLDBERG, *The Life of Jean Jaurès*, Madison 1962, S. 380 und Jean Jacques FICHTER, *Le socialisme français de l'affaire Dreyfus à la grande guerre*, Genève 1965, S. 175 f.

32 Karl EPTING, *Frankreichs goldene Jahre, La belle Epoque*, Stuttgart 1962, S. 74 und GOLDBERG (wie Anm. 31) S. 420.

33 ZIEBURA, *Deutsche Frage* (wie Anm. 30) S. 68 ff. und S. 187 Anm. 76.

34 PA Albanien 1,7 A7441 Bericht Schneider 3. April 1914.

35 In den französischen Akten gibt es keinen Hinweis auf das Verhalten des Konsularbeamten.

36 *Annuaire diplomatique et consulaire de la République Française*, Paris 1926.

37 Quennec war seit 1909 im diplomatischen Dienst Frankreichs tätig, hatte wahrscheinlich aus mangelnder politischer Erfahrung einen Fehler begangen und einen ungedeckten Vorstoß unternommen. Der französische Vertreter in der internationalen Kontrollkommission für Albanien, die die Gründung des neuen Staates 1914 beaufsichtigte, kritisierte in einem Bericht nach Paris den politischen Optimismus seines Kollegen und bestätigte damit die Vermutung der mangelnden politischen

Eine erste Suche nach alternativen Tendenzen in den deutsch-französischen Beziehungen zeigte bisher die Versuche der Pariser Diplomatie, das angespannte Verhältnis zu Deutschland zu entschärfen. Zudem gab es in Teilen der französischen Öffentlichkeit eine Stimmung, die eine Annäherung an Deutschland befürwortete. Dieser Befund ruft nun die Frage hervor, ob es überhaupt auf deutscher Seite eine Möglichkeit für eine solche Verständigung zwischen den beiden Ländern gab. Die Suche nach weiteren alternativen Faktoren in den Beziehungen der beiden Länder zeigt, daß während der Amtszeit der Regierung Doumergue auch Berlin versuchte, die Zusammenarbeit mit Frankreich zu vertiefen.

Ende Februar 1914 schlug der deutsche Staatssekretär im Reichskolonialamt Solf dem französischen Geschäftsträger in Berlin vor, bei dem Bau von Eisenbahnlinien in Afrika zusammenzuarbeiten. Er vertrat gegenüber dem französischen Diplomaten die Ansicht, daß beide Länder besonders in der Frage des Baues einer Verbindung am Tschad-See zwischen Bénoué und Chari die gleichen Interessen hätten und nicht Konkurrenten wären. Eine solche Eisenbahnlinie »pourrait être construite par les deux gouvernements après une entente entre eux«<sup>38</sup>. Zudem deutete er an, daß sich Deutschland und Frankreich über eine Aufteilung des belgischen Kongo-Besitzes verständigen könnten. Der französische Diplomat stellte diesen Vorstoß in einen Zusammenhang mit früheren Äußerungen des stellvertretenden Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Zimmermann, der schon Ende Oktober 1913 angedeutet hatte, daß nach einer deutsch-englischen Einigung in kolonialen Fragen Deutschland auch bereit sei, eine analoge Einigung mit Frankreich zu schließen<sup>39</sup>. Seit der Mission des englischen Lordkanzlers Haldane in Berlin (1912) verhandelten Deutschland und England auch über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien in Afrika. Am 20. Oktober 1913 wurde ein entsprechendes Abkommen paraphiert, das Berlin für den Fall des bald zu erwartenden portugiesischen Staatsbankrottes das Recht einräumte, südliche Teile von Angola und eine Zone im nördlichen Mosambique als Pfand treuhänderisch in Verwaltung zu nehmen und wirtschaftlich auszubeuten<sup>40</sup>. Die deutsche Regierung wollte mit diesem Geheimvertrag eine afrikanische Interessensphäre schaffen, in der die deutschen Besitzungen in West- und Ostafrika zu einem großen mittelafrikanischen Kolonialreich zusammengefaßt werden sollten<sup>41</sup>. Besonders von dem Alldeutschen Verband wurde für ein solches Mittelafrika-Projekt seit der Jahrhundertwende immer wieder geworben<sup>42</sup>. Die Reichsregierung strebte jedoch in erster Linie nicht nach kolonialer Erweiterung. Sie wollte vermutlich vielmehr diesen deutsch-englischen Vertrag dazu benutzen, über einen peripheren, also kolonialen Ausgleich mit England eine allgemeine Verständigung mit dem maritimen Rivalen zu finden<sup>43</sup>.

Nach dem Vorbild der Verhandlungen mit England war das Auswärtige Amt bereit, auch mit Frankreich in den Bereichen der afrikanischen Fragen eine Einigung zu finden. In diesem Sinne erklärte Staatssekretär Jagow Mitte April 1914 dem französischen Botschafter in Berlin, daß es für den Erhalt des Friedens notwendig sei, Deutschland ein Gebiet in Afrika für die eigene Entwicklung zu geben. Daher sollten Frankreich, England und Deutschland sich auf ein Programm einigen, um sich nicht gegenseitig auf einem Gelände zu bedrängen, wo keine alten Rivalitäten existierten<sup>44</sup>.

Erfahrung. Les archives du Ministère des Affaires Etrangères (AE), nouvelle série, Albanien 9, Krajewski an französischen Außenminister, 9. März 1914.

38 DDF 3,9,385 De Manneville an Doumergue 1. März 1914.

39 DDF 3,8,404 Note pour le Ministre 30. Oktober 1913.

40 SCHÖLLGEN (wie Anm. 12) S. 342 ff.

41 MOMMSEN (wie Anm. 3) S. 67.

42 Horst GRÜNDER, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 1985, S. 101 f. und POIDEVIN, BARIÉTY (wie Anm. 21) S. 196.

43 GRÜNDER, ebenda S. 103.

44 DDF 3,10,102 Jules Cambon an Doumergue 13. April 1914.

Die so gewünschte Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Mächten in kolonialen Fragen zeigte Berlin auch in einem anderen Bereich: Bereits im Januar 1914 suchte Admiral Tirpitz das Gespräch mit dem französischen Marineattaché in Berlin, um die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erörtern. Tirpitz ging bei dieser Unterredung auf die Elsaß-Lothringen-Frage ein und gestand, daß hier die Position Deutschlands schwierig sei, genauso wie für Frankreich, das die Provinzen im letzten Kriege verloren habe. Zugleich zeigte er die Bereitschaft »nous serions prêt à vous faire des grandes concessions« wenn Frankreich in Elsaß-Lothringen auf eine Politik des »sentiment« verzichten würde. Deutschland wäre im Gegenzug bereit, auf seine Interessen in Marokko zu verzichten, wo die Franzosen eine Politik des Gefühls betreiben und das Land entwickeln könnten<sup>45</sup>.

Darüber hinaus wurden dem Pariser Außenministerium bereits im Herbst 1913 wiederholt Äußerungen aus Deutschland zugetragen, die von einem Wunsch nach Zusammenarbeit mit Frankreich kündeten. So stellte der Reichskanzler am 25. Oktober 1913 dem russischen Ministerpräsidenten Sassonow die Frage, warum Deutschland nicht mit dem russischen Bündnispartner Frankreich eine »conversation générale« haben könne<sup>46</sup>. Ebenso offenbarte der deutsche Kaiser im Dezember 1913 gegenüber dem französischen Gesandten in München seinen Wunsch nach einem deutsch-französischen Ausgleich, durch den beide Länder in einem »esprit d'entente« Probleme in Fern-Ost lösen könnten, die er für die Zukunft erwartete<sup>47</sup>.

Aus französischer Sicht sprachen neben den Äußerungen der deutschen Reichsleitung auch die außenpolitische Situation Deutschlands für den Wunsch, die Zusammenarbeit mit Paris zu suchen. So waren sich die verantwortlichen Leiter der französischen Außenpolitik durchaus über die schwierige deutsche Position innerhalb des Dreibundes bewußt, die sich aus den Balkankrisen von 1912 und 1913 ergeben hatte und die das Reich veranlassen mußte, neuen außenpolitischen Handlungsspielraum zu suchen. In einer Denkschrift vom Februar 1914 wurden die Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich klar erkannt: Der wirtschaftliche Vormarsch Deutschlands auf dem Balkan, der politisches Interessensgebiet Österreichs war, die unterschiedliche Politik beider Länder gegenüber Rumänien und die Verärgerung Wiens darüber, daß für Österreich der französische Kapitalmarkt verschlossen blieb, weil es mit Deutschland verbündet war<sup>48</sup>.

Zudem gab es im Frühjahr 1914 auch im Dreibund Konflikte über die Behandlung der albanischen Staatsgründung. Wien hegte für dieses Land ein politisches und strategisches Interesse, während Deutschland sich aus dieser Angelegenheit, so wie es in Paris richtig erkannt wurde, weitgehend zurückhalten wollte und keine Neigung verspürte, militärisch zu intervenieren, um dem neuen albanischen König im Bürgerkrieg beizustehen<sup>49</sup>. Das Pariser Außenministerium erkannte klar, wie aus den Meldungen und einer besonderen Denkschrift hervorgeht, daß Deutschland sich hier gegenüber Österreich in einer Verteidigungsposition befand, und es keine einheitliche Politik des Dreibundes in dieser Frage mehr gab<sup>50</sup>.

Auch auf deutscher Seite gab es durch das offensichtliche Begehren nach Zusammenarbeit eine Alternative zur Politik der Konfrontation. Es stellt sich jedoch die Frage, warum diese Tendenz sich nicht durchsetzen konnte und es dennoch zum Krieg kam. Warum mün-

45 DDF 3,9,111 Jules Cambon an Doumergue 19. Januar 1914 Anhang I.

46 DDF 3,8,385 Delcassé an Pichon 26. Oktober 1913.

47 DDF 3,8,642 Alizé an Doumergue 17. Dezember 1913.

48 AE nouvelle série, Allemagne, politique étrangère, Triple Alliance Bd. 25, Malaise dans les relations austro-allemandes, 28. Februar 1914. Der Autor dieser Studie kam dabei zu dem Ergebnis, daß aufgrund der österreichischen Konkurrenz zu Rußland eine Zusammenarbeit mit Wien für Frankreich nicht in Frage kommen könnte.

49 Haltung Deutschlands: GP 36.II 14487 Aufzeichnung Jagow 11. Juni 1914.

50 AE nouvelle série, Albanie, Bd. 15, Les affaires d'Albanie o.D. (zwischen Papieren des 6. Juni 1914 abge-



deten die Verhandlungen über afrikanische Fragen nicht zu einer Annäherung der beiden Länder? Dieses ist um so verwunderlicher, da es in der Pariser Regierung und in Teilen der französischen Öffentlichkeit auch eine Bereitschaft zur Vermeidung von Spannung, ja sogar zu einer friedlichen Koexistenz gab, die einen fruchtbaren Boden für eine solche Annäherung geboten hätte.

Die Schlüsselfrage der deutsch-französischen Beziehungen in dieser Zeit war aber nach wie vor das Schicksal von Elsaß-Lothringen. Selbst Joseph Caillaux, der sich für friedliche Nachbarschaft mit Deutschland einsetzte, beschrieb die deutsche Provinz als »point fondamental« der französischen Diplomatie<sup>51</sup>. Diese Bedeutung erkannte auch der deutsche Botschafter in Paris<sup>52</sup>. In Lothringen waren 1910 noch 24% der Bevölkerung französischsprachig und jede französische Regierung der Dritten Republik mußte sich aus innenpolitischen Gründen für die Rechte dieser nationalen Minderheit in Deutschland interessieren<sup>53</sup>. Aber gerade auf diesem Gebiet wurden die französischen Wünsche von deutscher Seite nicht anerkannt.

Am 29. Mai 1911 verabschiedete der Reichstag für das Reichsland, das vorher direkt von einem kaiserlichen Statthalter regiert wurde, eine eigene Verfassung. In dieser erhielt Elsaß-Lothringen ein Zwei-Kammer-System, von der eine durch allgemeines Wahlrecht gewählt wurde. Die Körperschaft verfügte über Gesetzgebungskompetenz. Der Statthalter wurde jedoch als Oberhaupt des Landes nach wie vor vom Kaiser ernannt. Zudem konnte der Berliner Reichstag diese Verfassung jederzeit wieder aufheben, so daß diese Autonomie kein immerwährendes Recht, sondern nur ein Gnadengeschenk auf Zeit war<sup>54</sup>. Das Verfassungswerk hatte daher entgegen den Wünschen des Reichskanzlers Bethmann Hollweg keine positive Wirkung auf die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen, die sich durch diese Verfassung ihrer »Zweitrangigkeit« um so deutlicher bewußt wurde<sup>55</sup>. Auch auf der anderen Seite der Vogesen rief die Verfassung Enttäuschung hervor. Die Zabern-Affäre von 1913, bei der es zu Übergriffen von deutschem Militär auf die lothringische Bevölkerung kam, zeigte der französischen Öffentlichkeit zusätzlich, daß die deutsche Politik wenig gewillt war, die autonomen Rechte der Bewohner zu achten<sup>56</sup>.

Auch die Äußerungen der Reichsleitung über eine mögliche Zusammenarbeit boten dem französischen Außenministerium keine Hinweise, die auf eine deutsche Bereitschaft hinwiesen, über die Elsaß-Lothringen Frage zu verhandeln. Nur Tirpitz ging in seinem Verhandlungsangebot auf dieses Problem ein. Doch gerade sein Vorschlag schürte das französische Mißtrauen. Der französische Botschafter in Berlin sah hinter diesem Angebot nur den Versuch, einen Keil zwischen Paris und London zu treiben. Er gestand ein, daß die Äußerungen des Admirals Tirpitz durchaus ernst gemeint sein könnten, beteuerte aber zugleich, daß der Staatssekretär immer ein Feind Englands gewesen sei, und Deutschland nichts anderes wünsche, als die Entente aufzulösen<sup>57</sup>.

Damit zeigte sich neben der mangelnden deutschen Beweglichkeit in der zentralen Frage von Elsaß-Lothringen auch noch ein anderer Grund, der aus der Sicht der französischen Regierung einer Annäherung mit Deutschland im Wege gestanden haben mußte: So miß-

51 Zitiert nach ALLAIN (wie Anm. 23) S. 409.

52 François BONDY, Deutschland und Frankreich, Geschichte einer wechselvollen Beziehung, Düsseldorf 1973, S. 47 und Wilhelm von SCHOEN, Erlebtes, Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit, Berlin 1921, S. 129.

53 Thomas NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, 2 Bde., München 1982, Bd. 2, Machtstaat vor der Demokratie, S. 282.

54 MOMMSEN (wie Anm. 3) S. 21.

55 NIPPERDEY (wie Anm. 53) S. 285.

56 Ebd.

57 DDF 3,9,111 Cambon an Doumergue 19. Januar 1914.

traute die französische Regierung vermutlich Deutschland und fürchtete, daß die vorgeschlagenen Gespräche nur dazu dienen sollten, die Entente zu sprengen.

Dieses Mißtrauen wurde durch das Verhalten Englands noch zusätzlich geschürt. Denn als in Paris die ersten Gerüchte über die geheimen deutsch-englischen Gespräche über das portugiesische Kolonialreich bekannt wurden, ließ das französische Außenministerium besorgt in London nachfragen. Erst auf hartnäckiges Drängen gestand der englische Außenminister die Existenz der Absprachen mit Deutschland, die weit über bisherige Vereinbarungen zwischen beiden Ländern hinausgingen. Paris drängte England vergebens, auch die französischen Ansprüche in den Absprachen zu berücksichtigen<sup>58</sup>. Statt dessen forderte Grey die französische Regierung auf, sich an solchen Geheimverhandlungen zu beteiligen<sup>59</sup>. Frankreich sah in den geheimen kolonialen Absprachen jedoch einen Widerspruch zum gemeinsamen Bündnis mit England. Denn bei einer Aufteilung von Angola hätte der zukünftige deutsche Besitz die französische Kolonie am Kongo, französisch Äquatorial-Afrika, eingekreist. Durch einen geplanten Eisenbahnbau hätte Deutschland zudem die Kolonie zu seinem wirtschaftlichen Einflußgebiet machen können<sup>60</sup>.

Bereits in der Adriakrise zeigte sich Paris von der engen Zusammenarbeit zwischen Berlin und London beunruhigt und befürchtete schon damals, daß Deutschland versuchte, einen Keil zwischen die Entente zu treiben<sup>61</sup>. Diese Furcht trat auch an anderer Stelle hervor: So verfolgte das französische Außenministerium wachsam die deutsch-russischen Beziehungen und rechnete auch hier mit einem möglichen politischen Abrücken des französischen Bündnispartners Rußland. Dieses geht aus einer Denkschrift hervor, in der trotz des im Frühjahr 1914 herrschenden deutsch-russischen Pressekrieges die Möglichkeit gesehen wurde, daß sich Petersburg und Berlin wieder annähern könnten<sup>62</sup>. Zugleich reagierten im Oktober 1913 die russischen Zeitungen mit scharfer Kritik auf eine französische Meldung, die über die Versuche der deutsch-französischen Annäherung berichtete<sup>63</sup>. Die Drohung einer außenpolitischen Isolation verengte vermutlich den französische Spielraum gegenüber Deutschland.

Auf der anderen Seite sah die französische Diplomatie durchaus die Gefahr, daß sich Berlin direkt mit Brüssel über eine wirtschaftliche Ausbeutung des belgischen Kongo-Besitzes verständigen könnte, mit der Folge, daß die französische Wirtschaft das Nachsehen hätte. Die Brüsseler Regierung war in dieser Frage gespalten, und eine Ablehnung des deutschen Wunsches, Teile des belgischen Kongo-Beckens zu erwerben, war nicht sicher<sup>64</sup>. Zudem hätte für Frankreich ein Ausgleich mit Deutschland in Afrika den Vorteil gehabt, zukünftige Streitigkeiten zu vermeiden<sup>65</sup>. Aber die Risiken eines solchen Projektes überwogen, wie der französische Gesandte in Brüssel in einer Stellungnahme erklärte. Denn schon jetzt besaß Frankreich ein Vorkaufsrecht für das belgische Kongo-Gebiet und konnte bereits alle Ressourcen des Landes nutzen. Eine Zusammenarbeit mit Deutschland hätte die Beziehungen zu Belgien nachhaltig belastet<sup>66</sup>. Zudem wies der französische Botschafter in Berlin darauf hin, daß einer möglichen deutschen Expansion im belgischen Kongo durch den hohen Geldaufwand und den Regelungen des Berliner Vertrages Fesseln auferlegt seien<sup>67</sup>.

58 DDF 3,9,92 Doumergue an Paul Cambon 16. Januar 1914.

59 DDF 3,9,171 Paul Cambon an Doumergue 27. Januar 1914.

60 DDF 3,9,55 Klobukowski an Doumergue 10. Januar 1914.

61 PA Frankreich 102,56 A21994 Schoen an Bethmann Hollweg 6. Dezember 1912.

62 DDF 3,10,58 Paul Cambon an Doumergue 1. April 1914.

63 PA Frankreich 102,59 A20605 Lucius an Bethmann Hollweg 12. Oktober 1913.

64 DDF 3,10,297 Klobukowski an Doumergue 28. Mai 1914.

65 DDF 3,10,60 Paul Cambon an Doumergue 2. April 1914.

66 DDF 3,10,61 Klobukowski an Doumergue 2. April 1914.

67 DDF 3,10,217 Jules Cambon an Doumergue 9. Mai 1914.

Daneben trat noch ein dritter Grund auf, der vermutlich zu einer französischen Ablehnung führte. In einer Stellungnahme hatte der französische Kolonialminister Lebrun bereits Ende Dezember 1913 vor einer Zusammenarbeit mit Deutschland im Kongo-Becken gewarnt. Er betonte, daß Frankreich wie Belgien oder Portugal das gleiche Interesse am Erhalt des territorialen Status quo in Afrika habe, und forderte daher eine Politik der »conservation«, die der französischen Tradition entspräche<sup>68</sup>. Diese Auffassung teilte auch der französische Außenminister, als er grundsätzliche Einwände gegen eine Beteiligung an solchen kolonialen Absprachen erhob: So erklärte Gaston Doumergue in einem Runderlaß am 20. Januar 1914, daß sich Paris an Gesprächen über die Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes nur beteiligen könnte, wenn es seine »anciennes et nobles traditions« aufgeben und sich zum »complice« in einer Angelegenheit machen würde, die es nicht gesucht habe, die Deutschland anführe und bei der es keine Ehre mehr zu gewinnen gäbe<sup>69</sup>. Er zog daraus den Schluß, England auf diese Mißstände hinzuweisen und sich weiterhin in diese Verhandlungen nicht einzumischen.

Die Tradition der französischen Außenpolitik bestand hier nicht aus moralischen Kategorien, sondern aus dem Respekt vor dem Völkerrecht. So lehnte der französische Außenminister die Geheimabsprachen hinter dem Rücken Portugals ab und forderte zugleich eine internationale Konferenz über die gewünschten territorialen Veränderungen im Kongo-Becken. Einer solchen Konferenz hatte Deutschland im Marokko-Abkommen von 1911 zugestimmt. Auch England hatte nach Ansicht des Außenministers erklärt, nachdem es von diesem deutsch-französischen Abkommen erfahren hatte, im Falle einer Gebietsveränderung im Kongo-Becken den französischen Standpunkt einnehmen zu wollen<sup>70</sup>. Gaston Doumergue beharrte somit auf einer Position, die die Grenzen in Afrika nur unter Respektierung des geltenden Völkerrechtes verändern wollte.

Eine solche Außenpolitik auf der Grundlage der Normen des Rechtes war das Ziel einer gemäßigt nationalistischen Strömung in Frankreich, die sich »union pour la vérité« nannte. Dieses Komitee wollte das Völkerrecht auch zur Grundlage der Beziehungen zu Deutschland erheben<sup>71</sup>. Doumergue verfolgte gegenüber Deutschland eine Politik, die dieser Richtung entsprach. Denn er bemühte sich sowohl in den kolonialen Fragen als auch in den orientalischen Angelegenheiten um verbindliche Absprachen und klare Rechtsverhältnisse gegenüber Deutschland.

Für eine solche am Völkerrecht orientierte Politik mußte der wenig später von Deutschland vorgeschlagene Plan zur gemeinsamen Aufteilung des belgischen Kongo-Besitzes wie ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Dieses um so mehr, als Jagow seinen Plan auch noch mit dem sozial-darwinistischen Argument begründete, »que les grandes nations seront seules capables de supporter la concurrence mondiale et, dans l'avenir, les petites doivent ou disparaître ou devenir leur satellites«<sup>72</sup>. Die Entgegnung des französischen Botschafters, daß in diesem Fall Belgien nicht übergangen werden könne, veranlaßte den deutschen Staatssekretär, auf seiner Haltung zu beharren, weil nach seiner Ansicht eine günstige Gelegenheit für die Aufteilung des Gebietes ausgenutzt werden mußte.

Der Eindruck, daß Deutschland nur für seine aggressive Politik die Unterstützung Frankreichs suchte, wurde in französischen Augen noch durch die Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes bestärkt. Paris machte die deutschen Nationalisten für eine Broschüre verantwortlich, die Anfang Mai 1914 in Brüssel in Umlauf gebracht wurde und in der für einen

68 DDF 3,8,663 Lebrun an Doumergue 23. Dezember 1913.

69 DDF 3,9,116 Runderlaß Doumergue 20. Januar 1914.

70 DDF 3,9,92 Doumergue an Cambon 16. Januar 1914.

71 ZIEBURA (wie Anm. 30) S. 65f. Diese politische Haltung lehnte einen Revanche-Krieg gegen Deutschland ab und war zur Anerkennung des territorialen Status quo in Elsaß-Lothringen bereit.

72 DDF 3,10,102 Jules Cambon an Doumergue 13. April 1914.

Verkauf des belgischen Kongos an Deutschland erworben wurde<sup>73</sup>. Der französische Gesandte in Brüssel zog aus dem aggressiven Ton der Schrift den Schluß, daß nach einer Phase der Ruhe infolge des Marokko-Abkommens die pangermanische Agitation wieder lebendig sei und daß er das Gefühl habe, »que la *détente* souhaitée par les hommes sages des deux côtés de la frontière, est encore très lointaine et que, plus que jamais, ils convient de prendre toutes nos précautions«<sup>74</sup>.

Solche Überlegungen, eine »*détente*« mit Deutschland anzustreben, erhielten wahrscheinlich noch weitere Dämpfer. Aus französischer Sicht sprach auch ein anderes Zeichen dafür, daß Berlin nicht nur in Afrika, sondern auch an anderen Orten eine aggressive Machtpolitik verfolgte. So berichtete der französische Botschafter in Berlin bereits Ende November 1913 über ein Gespräch zwischen dem belgischen König Albert und Wilhelm II. in Berlin. In diesem Gespräch gewann die belgische Seite den Eindruck, daß sich der Kaiser nicht mehr gegen die Kriegspartei um den Grafen Moltke durchsetzen könne, die einen Krieg gegen Frankreich für »nécessaire et inévitable« hielt. Das Auftreten der deutschen Seite schürte zudem bei den belgischen Gesprächspartnern die Furcht, ihr Land könnte durch einen Krieg der beiden Länder »brûler« werden<sup>75</sup>. Hinter dieser verklausulierten Formel stand die Nachricht, daß der deutsche Generalstabschef andeutete, Belgien zum Kriegsschauplatz machen zu wollen und damit die völkerrechtlich garantierte Neutralität des Landes zu verletzen. Als das Gespräch in Paris bekannt wurde, rief der französische Generalstabschef Joffre daraufhin erleichtert: »nous allons enfin marcher«<sup>76</sup>.

Neben diesen Gesichtspunkten, die aus französischer Sicht gegen koloniale Verhandlungen mit Deutschland sprachen, bestand zwischen beiden Ländern in Mittelafrrika noch ein anderes offenes Problem, das einer Lösung bedurfte: Die Frage des Gebietsaustausches zwischen den Kolonien Deutsch-Kamerun und Französisch Äquatorial-Afrika.

In dem Marokko-Abkommen von 1911 trat Frankreich an Deutschland ein 295 000 qm<sup>2</sup> großes Gebiet seiner Kongo-Kolonie ab, das mit Kamerun vereinigt werden sollte<sup>77</sup>. Aufgrund dieses Abkommens unterzeichneten beide Regierungen 1912 in Bern ein Protokoll über den genauen Verlauf der Grenze, das durch eine gemeinsame Grenzkommission 1913 im Gelände des Kongo-Beckens verwirklicht werden sollte. Diese Kommission beendete im Dezember 1913 ihre Arbeit. Der genauen Grenzverlauf blieb jedoch an zwei Punkten offen; ein Problem, das einer politischen Entscheidung bedurfte. Denn es ging hierbei um die Frage, ob das Deutsche Reich einen Zugang zu den Flüssen Oubanghi und Kongo erhalten sollte, um auf diesen Wasserläufen Schifffahrt zu betreiben<sup>78</sup>.

Am 11. März 1914 begannen in Brüssel geheime Verhandlungen über die letzten offenen Fragen der Grenzziehung<sup>79</sup>. Sie endeten am 9. April 1914, ohne daß in der Streitfrage der Flußgrenze eine Lösung gefunden werden konnte<sup>80</sup>. Schon 1912 hatte die französische Seite

73 DDF 3,10,217 Jules Cambon an Doumergue 9. Mai 1914.

74 DDF 3,10,222 Klobukowski an Doumergue 12. Mai 1914.

75 DDF 3,8,517 Jules Cambon an Doumergue 22. November 1913.

76 AE nouvelle série, Allemagne, politique étrangère, Bd. 51, Aufzeichnung Paléologue 26. November 1913, an Pichon übersandt am 10. April 1918. Der Bericht wurde bereits im Dezember 1914 im französischen Gelb-Buch über die Ursachen des Krieges veröffentlicht und bei den Friedensverhandlungen in Versailles als Beweis der deutschen Kriegsschuld benutzt. Henri GUILLEMIN, *Nationalistes et »nationaux«, 1870–1914*, Paris 1974, S. 101.

77 GRÜNDER (wie Anm. 42) S. 101.

78 AE nouvelle série, Afrique équatoriale Bd. 45, Note pour le Président du conseil 23. Dezember 1913.

79 AE nouvelle série, Afrique équatoriale Bd. 46, franz. Geschäftsträger Brüssel an franz. Außenminister 11. März 1914.

80 PA Dt.Botschaft Paris, Paket 71c, Col IVD, A10921 Aufzeichnung der Verhandlungsführer 9. April 1914.

in den Verhandlungen durchblicken lassen, daß sie aus parlamentarischen Gründen gezwungen sei, in dieser Angelegenheit einen unnachgiebigen Kurs zu verfolgen<sup>81</sup>. Die Verhandlungen der Kabinette über die kolonialen Grenzen zogen sich noch bis zur Julikrise hin und wurden vor dem Ausbruch des Krieges nicht mehr beendet. Vermutlich wollte die französische Regierung, neben den grundsätzlichen Bedenken, nicht mit Deutschland über Mittelafrika verhandeln, solange die schwierigen Grenzprobleme am Kongo nicht geklärt waren. Trotz der offenen Fragen wünschte Gaston Doumergue aber, wie der deutschen Reichsregierung aus geheimen Quellen zugetragen wurde, den Kurs der Annäherung an Deutschland weiter zu verfolgen<sup>82</sup>.

Es sprachen insgesamt mehr Motive aus französischer Sicht gegen eine allzu enge Zusammenarbeit mit Deutschland als für die alternative Politik einer Dentente. Die Furcht, daß Berlin nur aus taktischen Gründen eine Kooperation suchte, war vielleicht auch ganz berechtigt. Denn noch im November 1913 glaubte der deutsche Botschafter in Paris, daß eine deutsch-französische Annäherung wegen der grundsätzlichen Feindschaft beider Länder wenig Erfolg haben werde<sup>83</sup>. Angesichts der in Frankreich immer stärker werdenden nationalistischen Propaganda breitete sich zudem 1914 in Deutschland immer mehr die Ansicht aus, daß ein Krieg mit Frankreich in Zukunft unvermeidlich sei<sup>84</sup>. Diese Meinung wurde noch durch die Reaktion der französischen Presse auf die Zwischenfälle von Zabern und Nancy bekräftigt<sup>85</sup>. In der Julikrise war dann die Taktik »die Entente [...] auseinanderzumanoeuvrieren« auch das erklärte deutsche Ziel<sup>86</sup>. In diesem Zusammenhang wird auch die Äußerung Bethmann Hollwegs verständlich, als er den Botschafter Wilhelm von Schoen kurz nach Kriegsausbruch fragte, ob ein Bündnis mit Frankreich möglich sei<sup>87</sup>. Auf der anderen Seite stand das Mittelafrika-Projekt in der Übersee-Politik des Reichskanzlers an vorderster Stelle, noch vor den Expansionsplänen in Kleinasien<sup>88</sup>. Der Wunsch nach Kooperation konnte hier durchaus von einem ernst gemeinten Interesse geleitet sein.

Das Reich konnte zwar mit Frankreich, ebenso wie mit England, einen Ausgleich in zweitrangigen Fragen erzielen und das Problem der abseits des zentralen europäischen Kerngebietes liegenden orientalischen Eisenbahnen lösen. Bethmann Hollweg glaubte daher noch 1914, daß diese Politik der Einzelvereinbarungen sich als gangbar erweise, um Deutschlands politische Situation zu verbessern<sup>89</sup>. Aber dieser Weg zeigte gegenüber Frankreich die gleichen Schwächen wie gegenüber England: Er täuschte über die grundsätzlichen Konflikte eher hinweg, als daß er diese löste<sup>90</sup>. Die Politik des Reiches war für Paris keine attraktive Alternative; orientalische Absprachen und periphere Pläne waren ein zu schwaches Band, um einen Wandel in der französischen Außenpolitik herbeizuführen. Für eine weitere Zusammenarbeit hätte Paris einen zu hohen politischen Preis, die Gefährdung der Entente und innenpolitische Auseinandersetzungen wegen der Elsaß-Lothringen-Frage, bezahlen müssen. Mit dem kaiserlichen Deutschland zusammenzuarbeiten hätte für die Französische Republik bedeutet, für den König von Preußen zu arbeiten, also in ein politisches Verlustgeschäft einzuwilligen.

81 PA Frankreich 102,8 A12039, Lancken an Bethmann Hollweg 9. Juli 1912.

82 PA Frankreich 102,60 A9160, Tschirschky an Bethmann Hollweg 10. Mai 1914.

83 PA Frankreich 102,60 A22938, Schoen an Bethmann Hollweg 15. November 1913.

84 POIDEVIN, BARIÉTY (wie Anm. 21) S. 196f.

85 ZIEBURA (wie Anm. 30) S. 130.

86 Kurt RIEZLER, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, hg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 184.

87 VON SCHOEN (wie Anm. 52) S. 194.

88 Klaus HILDEBRAND, Deutsche Außenpolitik 1871–1918, München 1989, S. 139.

89 Theobald von BETHMANN HOLLWEG, Betrachtungen zum Weltkriege, Berlin 1919, S. 63.

90 SCHÖLLGEN (wie Anm. 12) S. 430.

Der Reichsregierung gelang es daher in der Julikrise nicht mehr, einen Ausgleich herbeizuführen, obwohl die Kontakte mit Paris seit 1913 stärker geworden waren. Zudem setzten die strategischen Planungen des deutschen Generalstabes der Berliner Politik enge Grenzen: Als Wilhelm II. vom jüngeren Moltke im Juli 1914 forderte, nur im Osten zu kämpfen, um Frankreich zu verschonen und England aus einem Krieg herauszuhalten, war der Generalstabschef nicht bereit, seine strategischen Ziele aufzugeben, um sie politischen Zielsetzungen unterzuordnen<sup>91</sup>. Die Zusammenarbeit mit Frankreich war nicht weit genug gediehen. Kaiser und Reichsleitung konnten sie wahrscheinlich nicht als politische Gesichtspunkte gegen die militärischen Argumente Moltkes einsetzen. Daher behauptete sich die militärische Führung und erwirkte die deutsche Kriegserklärung an Frankreich, die im französischen Generalstab vermutlich auf eine entsprechende Kriegsbereitschaft stieß. Die deutsche Öffentlichkeit nahm diesen Schritt begeistert auf: Denn auch hier konnten sich die nationalen Leidenschaften der Massen, die sich bereits seit Jahren angestaut hatten, gegen pazifistische Tendenzen durchsetzen<sup>92</sup>.

Fassen wir zusammen: Eine Untersuchung der deutsch-französischen Beziehungen weist mehrere Entwicklungen auf. Neben der militärisch-bündnispolitischen Konfrontation und den nationalen Gegensätzen gab es auch kontinuierliche Versuche beider Seiten, die gemeinsamen Beziehungen zu verbessern. Seit 1913 verfolgten die französischen Regierungen, insbesondere das Kabinett Doumergue, zunächst das Ziel, Spannungen abzubauen und Einigungen über zweitrangige Fragen herbeizuführen. Sie wollten so das Risiko eines deutsch-französischen Konfliktes verringern. Weitergehende Überlegungen, einen generellen Ausgleich, also eine *Détente* mit Deutschland zu finden, wurden wahrscheinlich im Pariser Außenministerium erörtert, wie die Äußerungen der französischen Diplomaten belegen.

Diese Politik scheiterte jedoch an der Haltung Deutschlands. Auch wenn die deutschen Gesprächsvorschläge nicht nur von taktischen Gesichtspunkten, sondern auch von einem Wunsch nach einer alternativen Politik gegenüber Frankreich geprägt waren, hatten sie keinen Erfolg. Die Führer des Reiches waren zu wenig kompromißbereit und vermochten nicht, das französische Mißtrauen zu zerstreuen. Bethmann Hollweg konnte daher nicht verhindern, daß Paris in der Julikrise Rußland unterstützte. Frankreich stand zu seinen Bündnisverpflichtungen und fühlte sich als mögliches Opfer einer deutschen Aggression. Der Gedanke, einen Konflikt zum Anlaß zu nehmen, Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen, spielte während dieser Zeit in der französischen Regierung und Öffentlichkeit jedoch kaum eine Rolle<sup>93</sup>.

Dieses Ergebnis zeigt eine überraschende Ähnlichkeit mit den Beobachtungen, die Gregor Schöllgen aus einer Untersuchung der deutsch-englischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg gewann<sup>94</sup>. Wie gegenüber England, mit dem ein Ausgleich wegen der deutschen Weigerung scheiterte, in der zentralen, also beide Länder direkt berührenden Frage der Flottenrüstung nachzugeben, so verhinderte wahrscheinlich das deutsche Beharren in der zentralen Elsaß-Lothringen-Frage eine grundsätzliche Annäherung an Frankreich. Darüber hinaus sorgten in Frankreich bündnispolitische Gründe, völkerrechtliche Vorbehalte und Mißtrauen gegenüber der deutschen Machtpolitik dafür, daß Paris nicht über eine weitere

91 Pierre MIQUEL, *Histoire de la France, De Vercingetorix à Charles de Gaulle*, Brüssel 1989, S. 475 und STÜRMER (wie Anm. 5) S. 371.

92 Jost DÜLFFER, *Préfigurations de la Guerre en Allemagne avant 1914*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 171 (1993) S. 3–28, S. 27.

93 Jean-Jacques BECKER, *La population française face à l'entrée en guerre*, in: *Les sociétés européennes et la guerre de 1914–1918*, hg. von Jean-Jacques BECKER, Stéphane AUDOIN-ROUZEAU, Nanterre 1990, S. 35–37, S. 36.

94 SCHÖLLGEN (wie Anm. 12) S. 430 ff.

politische Zusammenarbeit verhandelte. Die vorgeführten Quellenbelege sprechen damit zugleich gegen die These von Gerd Krumeich, nach der in der französischen Politik keine alternativen außenpolitischen Konzepte zu der Entente-Politik in Erwägung gezogen wurden<sup>95</sup>.

Mit diesem Ergebnis wird auch offensichtlich, daß eine Betrachtungsweise der Geschichte, die die Ereignisse nicht nach Kausalität und Kontinuität ordnet, ihre Grenze in der normativen Kraft der historischen Fakten findet: Auf dem Gebiet der deutsch-französischen Beziehungen waren die geschilderten Annäherungsversuche, Streben nach Détente und Zusammenarbeit, nur untergeordnete Faktoren, die den Ausbruch des Krieges nicht aufhalten konnten. Unauflösbare zentrale Gegensätze verhinderten einen Ausgleich zwischen beiden Ländern. Die Gegensätze bereiteten das Terrain vor, auf dem der Schlieffen-Plan dann seine Eigenmacht zum Schaden der Politik entfalten konnte. Eine deutsch-französische Annäherung blieb daher vor dem Kriegsausbruch nur ein gescheiterter Traum, den weitblickende Politiker gehegt hatten.

Aus diesem Grunde kann die Bewertung, daß Europa am Anfang des 20. Jahrhunderts pazifistisch war und Krieg nur ein Begriff für »primitive Völker« auf die deutsch-französischen Beziehungen nur mit starken Einschränkungen übertragen werden<sup>96</sup>. Ein solcher Schluß, gewonnen aus einer Analyse der Tendenzen in der hier dargelegten Epoche, läßt den Kriegsausbruch als Werk einer kleinen radikalen Kaste von kriegslüsternden Staatsmännern erscheinen. Diese These übergeht aber zugleich die kontinuierliche Entwicklung zur Konfrontation und wertet die Wirklichkeit des Krieges zugunsten der Tendenzen ab, die in der geschichtlichen Situation vor 1914 nur möglicherweise zu Ereignissen geführt hätten.

95 KRUMEICH (wie Anm. 20) S. 281.

96 Jean Jacques BECKER, Introduction, *Les entrées en guerre de 1914*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 179 (1995) S. 3–4, S. 3.